ISSN 0376-9453

Amtsblatt

der Europäischen Gemeinschaften

L 43

43. Jahrgang

16. Februar 2000

Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I *Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

★ **Verordnung (EG) Nr. 337/2000 des Rates vom 14. Februar 2000 über ein Flugverbot und das Einfrieren von Geldern und anderen Finanzmitteln betreffend die Taliban von Afghanistan** 1

Verordnung (EG) Nr. 338/2000 der Kommission vom 15. Februar 2000 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise 12

Verordnung (EG) Nr. 339/2000 der Kommission vom 15. Februar 2000 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse mit Ausnahme der für die Verarbeitungserzeugnisse mit Zusatz von Zucker gewährten Ausfuhrerstattungen 14

Verordnung (EG) Nr. 340/2000 der Kommission vom 15. Februar 2000 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2198/98 und zur Erhöhung der Dauerausschreibung zur Ausfuhr von im Besitz der deutschen Interventionsstelle befindlicher Gerste auf 4 550 068 Tonnen 17

★ **Verordnung (EG) Nr. 341/2000 der Kommission vom 15. Februar 2000 zur Festsetzung des Umrechnungskurses für bestimmte direkte Beihilfen sowie Beträge mit struktur- oder umweltpolitischer Zielsetzung** 19

Verordnung (EG) Nr. 342/2000 der Kommission vom 15. Februar 2000 zur Festsetzung der Erstattungssätze bei der Ausfuhr von Eiern und Eigelb in Form von nicht unter Anhang I des Vertrags fallenden Waren 22

Verordnung (EG) Nr. 343/2000 der Kommission vom 15. Februar 2000 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen auf dem Eiersektor 24

Verordnung (EG) Nr. 344/2000 der Kommission vom 15. Februar 2000 zur Festsetzung der in den Sektoren Geflügelfleisch und Eier sowie für Eieralbumin geltenden repräsentativen Einfuhrpreise sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1484/95 26

(Fortsetzung umseitig)

DE

Bei Rechtsakten, deren Titel in magerer Schrift gedruckt sind, handelt es sich um Rechtsakte der laufenden Verwaltung im Bereich der Agrarpolitik, die normalerweise nur eine begrenzte Geltungsdauer haben.

Rechtsakte, deren Titel in fetter Schrift gedruckt sind und denen ein Sternchen vorangestellt ist, sind sonstige Rechtsakte.

Inhalt (Fortsetzung)

Verordnung (EG) Nr. 345/2000 der Kommission vom 15. Februar 2000 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen auf dem Geflügelfleischsektor 28

Verordnung (EG) Nr. 346/2000 der Kommission vom 15. Februar 2000 zur Änderung der im Zuckersektor für bestimmte Erzeugnisse geltenden repräsentativen Preise und zusätzlichen Einfuhrzölle 30

Verordnung (EG) Nr. 347/2000 der Kommission vom 15. Februar 2000 zur Festsetzung der im Sektor Getreide geltenden Zölle 32

II *Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Kommission

2000/133/EG:

* **Entscheidung der Kommission vom 22. Dezember 1999 über Schutzmaßnahmen bei der Einfuhr von lebenden Equiden sowie lebenden Vögeln und Bruteiern aus Israel** [1] *(Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1999) 4978)* 35

DE

[1] Text von Bedeutung für den EWR

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EG) Nr. 337/2000 DES RATES
vom 14. Februar 2000
über ein Flugverbot und das Einfrieren von Geldern und anderen Finanzmitteln betreffend die Taliban von Afghanistan

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf die Artikel 60 und 301,

gestützt auf den Gemeinsamen Standpunkt 1999/727/GASP des Rates vom 15. November 1999 betreffend restriktive Maßnahmen gegen die Taliban [1],

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Am 15. Oktober 1999 verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 1267 (1999). In Ziffer 2 dieser Resolution verlangt der Sicherheitsrat, daß die Taliban Usama bin Laden unverzüglich an die dort genannten zuständigen Behörden übergeben.

(2) In Ziffer 3 der Resolution 1267 (1999) beschloß der Sicherheitsrat, daß am 14. November 1999 ein Flugverbot und das Einfrieren von Geldern und anderen Finanzmitteln gemäß Ziffer 4 der Resolution verhängt würden, es sei denn, der Sicherheitsrat hätte beschlossen, daß die Taliban der in Ziffer 2 der Resolution genannten Verpflichtung in vollem Umfang nachgekommen sind.

(3) Die in Ziffer 4 der Resolution 1267 (1999) dargelegten Maßnahmen fallen in den Geltungsbereich des Vertrags. Daher ist vor allem zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen ein Rechtsakt der Gemeinschaft erforderlich, um die einschlägigen Beschlüsse des Sicherheitsrates umzusetzen, soweit sie das Gebiet der Gemeinschaft betreffen; dieses umfaßt im Sinne der vorliegenden Verordnung die Hoheitsgebiete der Mitgliedstaaten, auf die der Vertrag nach Maßgabe seiner Bestimmungen Anwendung findet.

(4) Im Interesse größtmöglicher Rechtssicherheit innerhalb der Gemeinschaft müssen die Namen und sonstigen einschlägigen Daten der Personen, Körperschaften und Luftfahrzeuge, die von dem im Zuge der Resolution 1267 (1999) eingesetzten Ausschuß bezeichnet werden, öffentlich bekanntgegeben werden. Hierzu sollten in der Gemeinschaft entsprechende Verfahren festgelegt werden.

(5) In der genannten Resolution ist vorgesehen, daß bestimmte Ausnahmen von den verhängten Restriktionen gewährt werden können, sofern der Ausschuß diese zuvor genehmigt hat.

(6) Die Genehmigung des Ausschusses sollte durch die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten eingeholt werden; deren Namen und Anschriften sollten daher bekanntgegeben und dieser Verordnung als Anhang beigefügt werden.

(7) Aus Zweckmäßigkeitsgründen sollte die Kommission ermächtigt werden, die Anhänge dieser Verordnung auf der Grundlage von einschlägigen Informationen seitens des Ausschusses zu ergänzen und/oder zu ändern.

(8) Die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten sollten, soweit erforderlich, ermächtigt werden, die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.

(9) Verstöße gegen die Bestimmungen dieser Verordnung sollten geahndet werden, und die Mitgliedstaaten sollten hierzu angemessene Strafen verhängen.

(10) Der Sicherheitsrat fordert dazu auf, die Maßnahmen ungeachtet etwaiger Rechte oder Pflichten aus einer internationalen Übereinkunft, einem Vertrag, einer Lizenz oder Genehmigung, die zeitlich vor dem Inkrafttreten der einschlägigen Bestimmungen seiner Resolution 1267 (1999) liegen, anzuwenden.

(11) Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten einander über die im Rahmen dieser Verordnung ergriffenen Maßnahmen unterrichten und andere sachdienliche Informationen austauschen, die ihnen im Zusammenhang mit dieser Verordnung vorliegen; sie sollten mit dem Ausschuß zusammenarbeiten, was die Übermittlung von Informationen an den Ausschuß einschließt —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Für die Zwecke dieser Verordnung bedeutet

[1] ABl. L 294 vom 16.11.1999, S. 1.

1. „Taliban“: die afghanische Gruppierung, die sich selbst auch Islamitisches Emirat Afghanistan nennt;

2. „Taliban-Sanktionsausschuß“: der mit der Resolution 1267 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen eingesetzte Ausschuß.

Artikel 2

Diese Verordnung findet auf alle vom Taliban-Sanktionsausschuß bezeichneten Gelder, anderen Finanzmittel und Luftfahrzeuge Anwendung.

Die betreffenden Gelder und anderen Finanzmittel sind in Anhang I und die betreffenden Luftfahrzeuge in Anhang II dieser Verordnung aufgeführt.

Artikel 3

(1) Alle vom Taliban-Sanktionsausschuß bezeichneten, in Anhang I aufgeführten Gelder und anderen Finanzmittel werden eingefroren.

(2) Die vom Taliban-Sanktionsausschuß bezeichneten, in Anhang I aufgeführten Gelder und anderen Finanzmittel dürfen den Taliban oder Unternehmen, die sie direkt oder indirekt besitzen oder kontrollieren, weder zur Verfügung gestellt werden noch zugute kommen.

Artikel 4

Unbeschadet der Gemeinschaftsbestimmungen über Vertraulichkeit und des Artikels 284 des Vertrags können die zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten von Banken und anderen Finanzinstituten, Versicherungsgesellschaften und anderen Stellen und Personen die Übermittlung aller sachdienlichen Informationen verlangen, die erforderlich sind, um die Einhaltung dieser Verordnung sicherzustellen.

Artikel 5

Starts und Landungen im Gebiet der Gemeinschaft sind den vom Taliban-Sanktionsausschuß bezeichneten, in Anhang II aufgeführten Luftfahrzeugen untersagt.

Artikel 6

(1) Artikel 3 gilt nicht für die Gelder und anderen Finanzmittel, für die der Taliban-Sanktionsausschuß eine Ausnahmegenehmigung erteilt hat.

(2) Artikel 5 gilt nicht für die Flüge, für die der Taliban-Sanktionsausschuß eine Ausnahmegenehmigung erteilt hat.

(3) Andere als die in den Absätzen 1 und 2 bezeichneten Ausnahmegenehmigungen dürfen zu den Artikeln 3 und 5 nicht erteilt werden.

(4) Die Ausnahmegenehmigungen nach den Absätzen 1 und 2 werden gegebenenfalls über die in Anhang III aufgeführten zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten eingeholt. Die vom Taliban-Sanktionsausschuß erteilten Ausnahmegenehmigungen gelten in der gesamten Gemeinschaft.

Artikel 7

Unbeschadet der Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten nach der Charta der Vereinten Nationen wird die Kommission ermächtigt,

— auf der Grundlage der Entscheidungen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen oder des Taliban-Sanktionsausschusses die Anhänge I und II zu ergänzen und/oder zu ändern;

— auf der Grundlage der von den zuständigen Behörden in der Gemeinschaft mitgeteilten Informationen Anhang III zu ergänzen und/oder zu ändern;

— die für die wirksame Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Kontakte zum Taliban-Sanktionsausschuß zu unterhalten.

Artikel 8

Die Kommission und die Mitgliedstaaten unterrichten einander unverzüglich über die im Rahmen dieser Verordnung ergriffenen Maßnahmen und tauschen die ihnen im Zusammenhang mit dieser Verordnung vorliegenden sachdienlichen Informationen sowie Informationen über Verstöße gegen diese Verordnung, Probleme bei ihrer Durchsetzung oder Urteile nationaler Gerichte aus.

Artikel 9

Diese Verordnung gilt ungeachtet etwaiger Rechte und Pflichten, die sich aus vor ihrem Inkrafttreten unterzeichneten internationalen Übereinkünften, geschlossenen Verträgen oder erteilten Lizenzen oder Genehmigungen ergeben.

Artikel 10

Jeder Mitgliedstaat legt die Sanktionen fest, die bei Verstößen gegen diese Verordnung zu verhängen sind. Diese Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein.

Artikel 11

Diese Verordnung gilt

— im Gebiet der Gemeinschaft, einschließlich ihres Luftraums,

— an Bord jedes Luftfahrzeugs und jedes Schiffs, das der Gerichtsbarkeit eines Mitgliedstaats unterliegt,

— für jede anderswo befindliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats besitzt,

— für jede Einrichtung, die nach dem Recht eines Mitgliedstaats gegründet wurde.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 14. Februar 2000.

Im Namen des Rates
Der Präsident
J. GAMA

ANHANG I

Verzeichnis der Gelder und anderen Finanzmittel nach Artikel 2

ANHANG II

Verzeichnis der Luftfahrzeuge nach Artikel 2

Betreiber	Eigentümer	Registr./Serie	Marke	Modell
Afghan Air Force	Afghan Air Force	229 SFG1008	Antonov	AN26
Afghan Air Force	Afghan Air Force	230 SFG1009	Antonov	AN26
Afghan Air Force	Afghan Air Force	231 SFG1010	Antonov	AN26
Afghan Air Force	Afghan Air Force	232 SFG1011	Antonov	AN26
Afghan Air Force	Afghan Air Force	233 SFG1012	Antonov	AN26
Afghan Air Force	Afghan Air Force	234 SFG1013	Antonov	AN26
Afghan Air Force	Afghan Air Force	235 SFG1014	Antonov	AN26
Afghan Air Force	Afghan Air Force	236 SFG1015	Antonov	AN26
Afghan Air Force	Afghan Air Force	237 SFG1016	Antonov	AN26
Afghan Air Force	Afghan Air Force	238 SFG1017	Antonov	AN26
Afghan Air Force	Afghan Air Force	239 SFG1018	Antonov	AN26
Afghan Air Force	Afghan Air Force	240 SFG1019	Antonov	AN26
Afghan Air Force	Afghan Air Force	241 SFG1020	Antonov	AN26
Afghan Air Force	Afghan Air Force	242 SFG1021	Antonov	AN26
Afghan Air Force	Afghan Air Force	243 SFG1022	Antonov	AN26
Afghan Air Force	Afghan Air Force	244 SFG1023	Antonov	AN26
Afghan Air Force	Afghan Air Force	245 SFG1024	Antonov	AN26
Afghan Air Force	Afghan Air Force	246 SFG1025	Antonov	AN26
Afghan Air Force	Afghan Air Force	247 SFG1026	Antonov	AN26
Afghan Air Force	Afghan Air Force	252 SFG1027	Antonov	AN26
Afghan Air Force	Afghan Air Force	268 SFG1028	Antonov	AN26
Afghan Air Force	Afghan Air Force	284 AN32021	Antonov	AN32
Afghan Air Force	Afghan Air Force	301 AN32053	Antonov	AN32
Afghan Air Force	Afghan Air Force	302 AN32054	Antonov	AN32
Afghan Air Force	Afghan Air Force	303 AN32055	Antonov	AN32
Afghan Air Force	Afghan Air Force	304 AN32056	Antonov	AN32
Afghan Air Force	Afghan Air Force	305 AN32057	Antonov	AN32
Afghan Air Force	Afghan Air Force	306 AN32058	Antonov	AN32
Afghan Air Force	Afghan Air Force	307 AN32022	Antonov	AN32
Afghan Air Force	Afghan Air Force	308 AN32023	Antonov	AN32
Afghan Air Force	Afghan Air Force	346 AN32059	Antonov	AN32
Afghan Air Force	Afghan Air Force	353 AN32024	Antonov	AN32
Afghan Air Force	Afghan Air Force	363 AN32060	Antonov	AN32
Afghan Air Force	Afghan Air Force	381 AN12235	Antonov	AN12
Afghan Air Force	Afghan Air Force	382 AN12236	Antonov	AN12

Betreiber	Eigentümer	Registr./Serie	Marke	Modell
Afghan Air Force	Afghan Air Force	384 AN12237	Antonov	AN12
Afghan Air Force	Afghan Air Force	387 4342205	Antonov	AN12
Afghan Air Force	Afghan Air Force	388 AN12238	Antonov	AN12
Afghan Air Force	Afghan Air Force	390 AN12239		AN12
Afghan Air Force	Afghan Air Force	T-001 B7010105	Ilyushin	IL18
Afghan Air Force	Afghan Air Force	T-004 SFG1007	Antonov	AN26
Afghan Air Force	Afghan Air Force	T-005 SFG1006	Antonov	AN24
Ariana Afghan Airlines	Ariana Afghan Airlines	CCCP-87255 AFG01	Yakoviev	YK40
Ariana Afghan Airlines	Ariana Afghan Airlines	YA-BAG 7306602	Antonov	AN24
Ariana Afghan Airlines	Ariana Afghan Airlines	YA-BAH 17306709	Antonov	AN24
Ariana Afghan Airlines	Ariana Afghan Airlines	YA-BAL 14105	Antonov	AN26
Ariana Afghan Airlines	Ariana Afghan Airlines	YA-BAN 14304	Antonov	AN26
Ariana Afghan Airlines	Ariana Afghan Airlines	YA-BAO 14305	Antonov	AN26
Ariana Afghan Airlines	Unconfirmed CIS Operator	YA-DAA AN12353	Antonov	AN12
Ariana Afghan Airlines	Polet Russian Air Company	YA-DAB 5342801	Antonov	AN12
Ariana Afghan Airlines	Ariana Afghan Airlines	YA-DAG 87304504	Antonov	AN24
Ariana Afghan Airlines	Ariana Afghan Airlines	YA-FAU 20343	Boeing	B727
Ariana Afghan Airlines	Ariana Afghan Airlines	YA-FAW 19619	Boeing	B727
Ariana Afghan Airlines	Ariana Afghan Airlines	YA-GAX 331	De Haviland	DHC6
Caspian Airlines	Ariana Afghan Airlines	EP-CPG 748	Tupolev	T154
Ariana Afghan Airlines	Ariana Afghan Airlines	YA-DAF	Antonov	AN24
Ariana Afghan Airlines	Ariana Afghan Airlines	YA-DAJ 47309603	Antonov	AN24
Ariana Afghan Airlines	Ariana Afghan Airlines	YA-FAY 22289	Boeing	B727
Ariana Afghan Airlines	Tyumenaviatrans	YA-87486 9441438	Yakoviev	YK40

ANHANG III

Verzeichnis der zuständigen Behörden nach Artikel 6 Absatz 4

A. **FLUGVERBOT**

BELGIEN

Ministère des communications et de l'infrastructure
Administration de l'aéronautique
Centre Communications Nord — 4e étage
Rue du Progrès 80 — Boîte 5
B-1030 Bruxelles
Tel. (32-2) 206 32 00
Fax (32-2) 203 15 28

DÄNEMARK

Civil Aviation Administration
Luftfartshuset
Box 744
Ellebjergvej 50
DK-2450 København
Tel. (45) 36 44 48 48
Fax (45) 36 44 03 03

DEUTSCHLAND

Generaldirektor für Luft- und Raumfahrt
Bundesministerium für Verkehr
Postfach 200 100
D-53170 Bonn
Tel. (49-228) 300 45 00
Fax (49-228) 300 79 29

GRIECHENLAND

Ministry of Transport and Communications
Hellenic Civil Aviation Authority
PO Box 73 751
GR-16604 Helliniko
Tel. (30-1) 894 42 63
Fax (30-1) 894 42 79

SPANIEN

Dirección General de Aviación Civil
Ministerio de Fomento
Paseo de la Castellana, 67
E-28071 Madrid
Tel. (34-91) 597 70 00
Fax (34-91) 597 53 57

FRANKREICH

Ministère de l'équipement, des Transports et du Logement
Direction générale de l'aviation civile
Direction des transports aériens
50, rue Henri Farman
F-75720 Paris cedex 15
Tel. (33-1) 58 09 43 21
Fax (33-1) 58 09 36 36

IRLAND

General Director for Civil Aviation
Department of Transport, Energy and Communications
44, Kildare Street
Dublin 2
Ireland
Tel. (353-1) 604 10 36
Fax (353-1) 604 11 81

ITALIEN

Ente nazionale per l'aviazione civile (ENAC)
Via di Villa Ricotti 42
I-00161 Roma
Tel. (39-06) 44 18 52 08/44 18 52 09
Fax (39-06) 44 18 53 16

LUXEMBURG

Directeur de l'aviation civile
Ministère des transports
19-21, boulevard Royal
L-2938 Luxembourg
Tel. (352) 478 44 12
Fax (352) 46 77 90

NIEDERLANDE

Ministry of Transport, Public Works and Water Management
Directorate General of Civil Aviation
Plesmanweg 1-6
PO Box 90771
2509 LT Den Haag
Netherlands
Tel. (31-70) 351 72 45
Fax (31-70) 351 63 48

ÖSTERREICH

Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr
Zentralsektion Verkehr, Luftfahrt
Radetzkystraße 2
A-1030 Wien
Tel. (43-1) 711 62 70 00
Fax (43-1) 711 62 70 99

PORTUGAL

Instituto Nacional da Aviação Civil
Ministério do Equipamento Social
Rua B, Edifícios 4, 5, 6
Aeroporto da Portela
P-1749-034 Lisboa
Tel. (351-21) 842 35 00
Fax (351-21) 840 23 98
Email: iancgeral@mail.telepac.pt

FINNLAND

Civil Aviation Administration
Ilmailulaitos/Luftfartsverket
PO Box 50
FIN-01531 Vantaa
Tel. (358-9) 82 77 20 10
Fax (358-9) 82 77 20 91

SCHWEDEN

Regeringskansliet
Utrikesdepartementet
Rattssekretariatet för EU-fragor
Fredsgatan 6
S-103 39 Stockholm
Tel. (46-8) 405 10 00
Fax (46-8) 723 11 76

VEREINIGTES KÖNIGREICH

Department of Environment, Transport and the Regions
International Aviation Negotiations
Great Minster House
76, Marsham Street
London SW1P 4DR
United Kingdom
Tel. (44-171) 890 58 01
Fax (44-171) 676 21 94

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Kommission der Europäischen Gemeinschaften
Generaldirektion für Auswärtige Beziehungen
Mr A. de Vries, DM24 5/75
Rue de la Loi/Wetstraat 200
B-1049 Bruxelles/Brussel
Tel. (32-2) 295 68 80
Fax (32-2) 295 73 31

B. **EINFRIEREN VON GELDERN**

BELGIEN

Ministère des finances
Trésorerie
Avenue des Arts 30
B-1040 Bruxelles
Fax (32-2) 233 75 18

DÄNEMARK

Erhvervsfremmestyrelsen
Dahlerups Pakhus
Langelinie Alle 17
DK-2100 København Ø
Tel. (45) 35 46 60 00
Fax (45) 35 46 60 01

DEUTSCHLAND

1. Für Prüfungen der Stellung von Banken:

Landeszentralbank in Baden-Württemberg
Postfach 10 60 21
D-70049 Stuttgart
Tel. 07 11/9 44-11 20/21/23
Fax 07 11/9 44-19 06

Landeszentralbank im Freistaat Bayern
D-80291 München
Tel. 0 89/280 89-32 64
Fax 0 89/28 89-38 78

Landeszentralbank in Berlin und Brandenburg
Postfach 11 01 60
D-10831 Berlin
Tel. 0 30/34 75/11 10/15/20
Fax 0 30/34 75/11 90

Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein
Postfach 57 03 48
D-22772 Hamburg
Tel. 0 40/37 07/66 00
Fax 0 40/37 07-66 15

Landeszentralbank in Hessen
Postfach 11 12 32
D-60047 Frankfurt am Main
Tel. 0 69/23 88-19 20
Fax 0 69/23 88-19 19

Landeszentralbank in der Freien Hansestadt Bremen, in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt
Postfach 2 45
D-30002 Hannover
Tel. 05 11/30 33-27 23
Fax 05 11/30 33-27 30

Landeszentralbank in Nordrhein-Westfalen
Postfach 10 11 48
D-40002 Düsseldorf
Tel. 02 11/8 74-23 73/31 59
Fax 02 11/8 74-23 78

Landeszentralbank in Rheinland-Pfalz und im Saarland
Postfach 30 09
D-55020 Mainz
Tel. 0 61 31/3 77-4 10/4 16
Fax 0 61 31/3 77-4 24

Landeszentralbank in den Freistaaten Sachsen und Thüringen
Postfach 90 11 21
D-04103 Leipzig
Tel. 03 41/8 60-22 00
Fax 03 41/8 60-23 89

2. Für Prüfungen der Stellung von Unternehmen, Gesellschaften, Körperschaften und anderer Einrichtungen außer Banken:

Bundesausfuhramt
Referat 214
Postfach 51 60
D-65726 Eschborn
Tel. 0 61 96/9 08-0
Fax 0 61/96/9 08-4 12

GRIECHENLAND

Ministry of National Economy
Secretariat-General for International Economic Relations
Directorate-General for External Economic and Trade Relations
Director General Mr V. Kanellakis
Ermou and Kornarou 1
GR-105 63 Athens
Tel. (31) 32 86 401-3
Fax (31) 32 86 404

SPANIEN

Dirección General de Política Comercial e Inversiones Exteriores
Subdirección General de Gestión de las Transacciones con el Exterior
(Ministerio de Economia y Hacienda)
Pº de la Castellana, 162 — Planta 9
E-28046 Madrid
Tel. (00-34) 91 583 74 00
Fax (00-34) 91 583 55 09

Dirección General del Tesoro y Política Financiera
Subdirección General de Inspección y Control de Movimientos de Capitales
(Ministerio de Economía y Hacienda)
Pl. de Jacinto Benavente, 3
E-28071 Madrid
Tel. (00-34) 91 360 45 88
Fax (00-34) 91 583 52 14

FRANKREICH

Ministère de l'économie, des finances et de l'industrie
Direction du Trésor
Service des affaires européennes et internationales
Sous-direction E
139, rue du Bercy
F-75572 Paris-cedex 12
Tel. (33-1) 44 87 17 17
Fax (33-1) 53 18 36 15

IRLAND

Central Bank of Ireland
Financial Markets Department
P.O. Box 559
Dame Street
Dublin 2
Tel. (353-1) 671 66 66

Department of Foreign Affairs
Bilateral Economic Relations Section
76-78 Harcourt Street
Dublin 2
Tel. (353-1) 408 24 92

ITALIEN

Ministero del Commercio estero
Direzione generale per la politica commerciale e per la gestione del Regime degli scambi
Divisione IV
Viale America, 341
I-00144 Roma
Tel. (39-06) 59 93 24 39
Fax (39-06) 59 64 75 06

LUXEMBURG

Ministère des affaires étrangères
Direction des relations économiques internationales et de la coopération
BP 1602
L-1016 Luxembourg

NIEDERLANDE

Ministerie van Financiën
Directie Wetgeving, Juridische en Bestuurlijjke Zaken
Postbus 20201
2500 EE Den Haag
Nederland
Tel. (31-70) 342 82 27
Fax (31-70) 342 79 05

ÖSTERREICH

Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten
Abteilung II/A/2
Landstrasser Haupstraße 55-57
A-1030 Wien

Österreichische Nationalbank
Otto Wagnerplatz 3
A-1090 Wien
Tel. (43-1) 40 420-0
Fax (43-1) 40 420-73 99

PORTUGAL

Ministério das Finanças
Direcção Geral dos Assuntos Europeus e Relações Internacionais
Avenida Infante D. Henrique, n.º 1, C 2.º
P-1100 Lisboa
Tel. (351-1) 882 32 40/47
Fax (351-1) 882 32 49
E-mail. dgaeri@mfinancas,mailpac.pt

FINNLAND

Ulkoasiainministeriö/Utrikesministeriet
PL 176
SF-00161 Helsinki
Tel. (358-9) 13 41 51
Fax (358-9) 13 41 57 07 and (358-9) 62 98 40

SCHWEDEN

Regeringskansliet
Utrikesdepartementet
Rattssekretariatet för EU-frågor
Fredsgatan 6
S-103 39 Stockholm
Tel. (46-8) 405 10 00
Fax (46-8) 723 11 76

VERENIGTES KÖNIGREICH

HM Treasury
International Financial Services
Parliament Street
London SW1P 3 AG
United Kingdom
Tel. (44-171) 270 55 50
Fax (44-171) 270 43 65

Bank of England
Sanctions Emergency Unit
London EC2R 8AH
United Kingdom
Tel. (44-171) 601 46 07
Fax (44-171) 601 43 09

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Kommission der Europäischen Gemeinschaften
Generaldirektion für Auswäritge Beziehungen
Mr A. de Vries, DM24 5/75
Rue de la Loi/Wetstraat 200
B-1049 Bruxelles/Brussel
Tel. (32-2) 295 68 80
Fax (32-2) 295 73 31

VERORDNUNG (EG) Nr. 338/2000 DER KOMMISSION

vom 15. Februar 2000

zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3223/94 der Kommission vom 21. Dezember 1994 mit Durchführungsbestimmungen zur Einfuhrregelung für Obst und Gemüse [1], zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1498/98 [2], insbesondere auf Artikel 4 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die in Anwendung der Ergebnisse der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde von der Kommission festzulegenden, zur Bestimmung der pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigenden Kriterien sind in der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 für die in ihrem Anhang angeführten Erzeugnisse und Zeiträume festgelegt.

(2) In Anwendung der genannten Kriterien sind die im Anhang zur vorliegenden Verordnung ausgewiesenen pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 genannten pauschalen Einfuhrwerte sind in der Tabelle im Anhang zur vorliegenden Verordnung festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. Februar 2000 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. Februar 2000

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

[1] ABl. L 337 vom 24.12.1994, S. 66.
[2] ABl. L 198 vom 15.7.1998, S. 4.

ANHANG

zu der Verordnung der Kommission vom 15. Februar 2000 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

(EUR/100 kg)

KN-Code	Drittland-Code [1]	Pauschaler Einfuhrpreis
0702 00 00	204	53,2
	624	245,4
	999	149,3
0707 00 05	052	132,6
	628	159,4
	999	146,0
0709 10 00	220	217,7
	999	217,7
0709 90 70	052	133,2
	204	58,3
	628	141,9
	999	111,1
0805 10 10, 0805 10 30, 0805 10 50	052	38,0
	204	38,8
	212	41,1
	220	23,6
	624	62,0
	999	40,7
0805 20 10	052	53,6
	204	70,2
	999	61,9
0805 20 30, 0805 20 50, 0805 20 70, 0805 20 90	052	68,1
	204	63,1
	464	120,7
	600	79,9
	624	64,9
	999	79,3
0805 30 10	052	39,7
	600	64,9
	999	52,3
0808 10 20, 0808 10 50, 0808 10 90	060	48,4
	400	89,2
	404	84,4
	720	76,2
	728	82,9
	999	76,2
0808 20 50	388	102,8
	400	109,1
	528	100,3
	720	55,0
	999	91,8

[1] Nomenklatur der Länder gemäß der Verordnung (EG) Nr. 2543/1999 der Kommission (ABl. 307 vom 2.12.1999, S. 46). Der Code „999“ steht für „Verschiedenes“.

VERORDNUNG (EG) Nr. 339/2000 DER KOMMISSION

vom 15. Februar 2000

zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse mit Ausnahme der für die Verarbeitungserzeugnisse mit Zusatz von Zucker gewährten Ausfuhrerstattungen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2201/96 des Rates vom 28. Oktober 1996 über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse ([1]), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2701/1999 ([2]), insbesondere auf Artikel 16 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Mit der Verordnung (EG) Nr. 1429/95 der Kommission ([3]), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1007/97 ([4]), wurden die Durchführungsbestimmungen für die Ausfuhrerstattungen bei Verarbeitungserzeugnissen aus Obst und Gemüse festgelegt.

(2) Gemäß Artikel 16 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 2201/96 kann, um für die in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe a) dieser Verordnung aufgeführten Erzeugnisse in wirtschaftlich bedeutenden Mengen die Ausfuhr auf der Grundlage der Preise für diese Erzeugnisse im Welthandel zu ermöglichen, der Unterschied zwischen diesen Preisen und den Preisen in der Gemeinschaft, soweit erforderlich, durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen werden. Nach Artikel 18 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 2201/96 gilt für diese Erzeugnisse die gemäß Artikel 17 festgesetzte Erstattung, falls der Erstattungsbetrag für den Zucker, der in den in Artikel 1 Absatz 1 aufgeführten Erzeugnissen enthalten ist, nicht ausreicht, um die Ausfuhr zu ermöglichen.

(3) Gemäß Artikel 17 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2201/96 sind die Erstattungen unter Berücksichtigung der Lage und der voraussichtlichen Entwicklung der Preise der Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse auf dem Markt der Gemeinschaft und der verfügbaren Mengen sowie der Preise im internationalen Handel festzusetzen. Außerdem ist den in Buchstabe b) des genannten Absatzes aufgeführten Kosten und dem wirtschaftlichen Aspekt der beabsichtigten Ausfuhren Rechnung zu tragen.

(4) Gemäß Artikel 16 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 2201/96 sind die Erstattungen unter Berücksichtigung der Grenzen, die aus den in Übereinstimmung mit Artikel 300 des Vertrags geschlossenen Übereinkünften hervorgehen, festzusetzen.

(5) Gemäß Artikel 17 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 2201/96 werden die Preise auf dem Markt der Gemeinschaft unter Berücksichtigung der im Hinblick auf die Ausfuhr günstigsten Preise ermittelt. Die Ermittlung der Preise im internationalen Handel erfolgt unter Berücksichtigung der in Unterabsatz 2 dieses Absatzes genannten Notierungen und Preise.

(6) Die Lage im internationalen Handel oder die besonderen Erfordernisse einiger Märkte können für ein bestimmtes Erzeugnis je nach dessen Bestimmungsort die Erstattung in unterschiedlicher Höhe notwendig machen.

(7) Vorläufig haltbar gemachte Kirschen, geschälte Tomaten/Paradeiser (*), haltbar gemachte Kirschen, zubereitete Haselnüsse und gewisse Orangensäfte können derzeit in wirtschaftlich bedeutenden Mengen ausgeführt werden.

(8) Die Anwendung der genannten Durchführungsvorschriften auf die derzeitige Marktlage oder ihre voraussichtliche Entwicklung, insbesondere auf die Notierungen und Preise der Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse in der Gemeinschaft und im internationalen Handel, führt zur Festsetzung der Erstattungen gemäß dem Anhang der vorliegenden Verordnung.

(9) Gemäß den Bestimmungen von Artikel 16 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2201/96 ist die bestmögliche Nutzung der verfügbaren Mittel zu ermöglichen und dabei jegliche Diskriminierung zwischen den betreffenden Wirtschaftsteilnehmern zu vermeiden. Hierzu ist darauf zu achten, daß keine Störungen der zuvor durch die Erstattungsregelung entstandenen Handelsströme verursacht werden.

(10) Mit der Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission ([5]), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2765/1999 ([6]), wurde die Nomenklatur der landwirtschaftlichen Erzeugnisse für Ausfuhrerstattungen erstellt.

(11) Die Durchführungsvorschriften für Einfuhr- und Ausfuhrlizenzen sowie Vorausfestsetzungsbescheinigungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse wurden erlassen durch die Verordnung (EWG) Nr. 3719/88 der Kommission ([7]), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1127/1999 ([8]).

([1]) ABl. L 297 vom 21.11.1996, S. 29.
([2]) ABl. L 327 vom 21.12.1999, S. 5.
([3]) ABl. L 141 vom 24.6.1995, S. 28.
([4]) ABl. L 145 vom 5.6.1997, S. 16.

(*) Österreichischer Ausdruck gemäß Protokoll Nr. 10 zur Beitrittsakte 1994.
([5]) ABl. L 366 vom 24.12.1987, S. 1.
([6]) ABl. L 338 vom 30.12.1999, S. 1.
([7]) ABl. L 331 vom 2.12.1988, S. 1.
([8]) ABl. L 135 vom 29.5.1999, S. 48.

(12) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Die Ausfuhrerstattungen bei Verarbeitungserzeugnissen aus Obst und Gemüse werden im Anhang dieser Verordnung festgesetzt.

(2) Die in Artikel 14a der Verordnung (EWG) Nr. 3719/88 zur Nahrungsmittelhilfe erteilten Lizenzen werden nicht auf die in Absatz 1 genannten in Betracht kommenden Mengen angerechnet.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 23. Februar 2000 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. Februar 2000

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

ANHANG

Erzeugnis (Die vollständige Definition der in Frage kommenden Erzeugnisse ist in Artikel 12 „Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse“ der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission enthalten.)		Erzeugniscode	Code des Bestimmungsortes (1)	Lizenzerteilungszeitraum: März bis Juni 2000	
				Antragszeitraum: 23. Februar bis 23. Juni 2000	
				Erstattungssatz (in EUR/t netto)	Vorgesehene Mengen (in t)
Vorläufig haltbar gemachte Kirschen		0812 10 00 9100	F06	55	3 358
Geschälte Tomaten/Paradeiser		2002 10 10 9100	A20	50	50 000
Glasierte Kirschen		2006 00 31 9000 2006 00 99 9100	F06	170	338
Zubereitete Haselnüsse		2008 19 19 9100 2008 19 99 9100	A00	66	405
Orangensaft	mit einem Zuckergehalt von 10° Brix bis einschließlich 21° Brix	2009 11 99 9110 2009 19 99 9110	A00	6	353
	mit einem Zuckergehalt von 55° Brix oder mehr	2009 11 99 9150 2009 19 99 9150	A00	32	354

(1) Die Codes des Bestimmungsorts werden wie folgt definiert:
A00: alle Bestimmungsorte,
A20: alle Bestimmungsorte mit Ausnahme der USA,
F06: alle Bestimmungsorte mit Ausnahme von Nordamerika.

VERORDNUNG (EG) Nr. 340/2000 DER KOMMISSION

vom 15. Februar 2000

zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2198/98 und zur Erhöhung der Dauerausschreibung zur Ausfuhr von im Besitz der deutschen Interventionsstelle befindlicher Gerste auf 4 550 068 Tonnen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide [1], zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1253/1999 [2], insbesondere auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Verordnung (EWG) Nr. 2131/93 der Kommission [3], zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 39/1999 [4], legt die Verfahren und Bedingungen für die Abgabe des Getreides fest, das sich im Besitz der Interventionsstellen befindet.

(2) Mit der Verordnung (EG) Nr. 2198/98 der Kommission [5], zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 182/2000 [6], wurde eine Dauerausschreibung zur Ausfuhr von 3 800 007 Tonnen Gerste im Besitz der deutschen Interventionsstelle eröffnet. Deutschland hat die Kommission von der Absicht seiner Interventionsstelle unterrichtet, die zur Ausfuhr ausgeschriebene Menge um 750 061 Tonnen zu erhöhen. Die gesamte im Besitz der deutschen Interventionsstelle befindliche und auf Dauer zur Ausfuhr ausgeschriebene Menge Gerste ist auf 4 550 068 Tonnen zu erhöhen.

(3) In Anbetracht der Erhöhung der ausgeschriebenen Menge erscheint es erforderlich, an der Liste der Lagerorte, Gebiete und eingelagerten Mengen Änderungen vorzunehmen. Deshalb ist insbesondere der Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 2198/98 zu ändern.

(4) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Verordnung (EG) Nr. 2198/98 wird wie folgt geändert:

1. Artikel 2 erhält folgende Fassung:

   „*Artikel 2*

   (1) Die Ausschreibung betrifft höchstens 4 550 068 Tonnen Gerste. Diese Höchstmenge darf nach allen Drittländern außer den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und Mexiko ausgeführt werden.

   (2) Die Gebiete, in denen die 4 550 068 Tonnen Gerste lagern, sind in Anhang I angegeben.“

2. Anhang I wird durch den Anhang der vorliegenden Verordnung ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. Februar 2000

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

---

[1] ABl. L 181 vom 1.7.1992, S. 21.
[2] ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 18.
[3] ABl. L 191 vom 31.7.1993, S. 76.
[4] ABl. L 5 vom 9.1.1999, S. 64.
[5] ABl. L 277 vom 14.10.1998, S. 9.
[6] ABl. L 22 vom 27.1.2000, S. 44.

ANHANG

„ANHANG I

(in Tonnen)

Lagerort	Menge
Schleswig-Holstein/Hamburg/Niedersachsen/Bremen/Nordrhein-Westfalen	1 386 565
Hessen/Rheinland-Pfalz/Baden-Württemberg/Saarland/Bayern	347 702
Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern	1 361 213
Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen	1 454 588“

VERORDNUNG (EG) Nr. 341/2000 DER KOMMISSION

vom 15. Februar 2000

zur Festsetzung des Umrechnungskurses für bestimmte direkte Beihilfen sowie Beträge mit struktur- oder umweltpolitischer Zielsetzung

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2799/98 des Rates [1] vom 15. Dezember 1998 über die agromonetäre Regelung nach Einführung des Euro,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1410/1999 der Kommission vom 29. Juni 1999 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2808/98 mit Durchführungsvorschriften für die agromonetäre Regelung nach Einführung des Euro im Agrarsektor [2], insbesondere auf Artikel 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß Artikel 42 der Verordnung (EG) Nr. 2342/1999 der Kommission [3] mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EG) Nr. 1254/1999 des Rates [4], über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch hinsichtlich der Prämienregelung bildet der Tag der Antragstellung den maßgeblichen Tatbestand für das Jahr, auf das die unter die Prämienregelungen im Rindfleischsektor fallenden Tiere angerechnet werden. Die Umrechnung der Prämienbeträge in Landeswährung erfolgt gemäß Artikel 43 derselben Verordnung anhand des pro rata temporis berechneten Durchschnitts der Wechselkurse, die im Dezember anwendbar sind, der dem Anrechnungsjahr vorausgeht.

(2) Gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2808/98 der Kommission vom 22. Dezember 1998 mit Durchführungsvorschriften für die agromonetäre Regelung nach Einführung des Euro im Agrarsektor [5], zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1410/1999, fällt für die Beträge mit struktur- oder umweltpolitischer Zielsetzung der maßgebliche Tatbestand für den Wechselkurs auf den 1. Januar des Jahres, in dem die Entscheidung über die Beihilfegewährung getroffen wird. Der anzuwendende Umrechnungskurs entspricht dabei gemäß Artikel 4 Absatz 3 derselben Verordnung dem pro rata temporis berechneten Durchschnitt der Wechselkurse, die in dem Monat anwendbar sind, der dem Zeitpunkt des maßgeblichen Tatbestands vorausgeht.

(3) Gemäß Artikel 12 der Verordnung (EG) Nr. 293/98 der Kommission vom 4. Februar 1998 zur Festlegung der maßgeblichen Tatbestände im Sektor Obst und Gemüse, im Sektor Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse, — teilweise — im Sektor lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels sowie für bestimmte in Anhang I des EG-Vertrags aufgeführte Erzeugnisse und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1445/93 [6], zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1410/1999, entspricht der Umrechnungskurs, der für die jährliche Umrechnung in Landeswährung des Höchstbetrags je Hektar der in Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 790/89 des Rates [7], zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1825/1997 der Kommission [8], festgesetzten Beihilfe zur Verbesserung der Qualität und der Vermarktung im Sektor Schalenfrüchte und Johannisbrot anzuwenden ist, dem pro rata temporis berechneten Durchschnitt der Wechselkurse, die in dem Monat anwendbar sind, der dem 1. Januar des Bezugsjahres im Sinne von Artikel 19 der Verordnung (EWG) Nr. 2159/89 der Kommission [9], zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1363/95 [10], vorausgeht.

(4) Gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2700/93 der Kommission vom 30. September 1993 mit Durchführungsbestimmungen zur Gewährung der Prämie an die Erzeuger von Schaf- und Ziegenfleisch [11], zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1410/1999. entspricht der Umrechnungskurs für den Restbetrag der Prämien im Schaf- und Ziegenfleischsektor dem pro rata temporis berechneten Durchschnitt der Wechselkurse, die in dem Monat anwendbar sind, der dem letzten Tag des Wirtschaftsjahres, für das die Prämie gewährt wird, vorausgeht.

(5) Gemäß Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2700/93 entspricht der Umrechnungskurs für den Vorschuß auf die Prämien im Schaf- und Ziegenfleischsektor dem pro rata temporis berechneten Durchschnitt der Wechselkurse, die in dem Monat anwendbar sind, der dem ersten Tag des Wirtschaftsjahres, für das die Prämie gewährt wird, vorausgeht —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Der anzuwendende Umrechnungskurs für

— die Prämienbeträge im Rindfleischsektor gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1254/1999,

— den Höchstbetrag je Hektar der Beihilfe zur Verbesserung der Qualität und der Vermarktung im Sektor Schalenfrüchte und Johannisbrot gemäß Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 790/89 und

— die Beträge mit struktur- oder umweltpolitischer Zielsetzung gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 2799/98

ist in Anhang I aufgeführt.

[1] ABl. L 349 vom 24.12.1998, S. 1.
[2] ABl. L 164 vom 30.6.1999, S. 53.
[3] ABl. L 281 vom 4.11.1999, S. 30.
[4] ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 21.
[5] ABl. L 349 vom 24.12.1998, S. 36.
[6] ABl. L 30 vom 5.2.1998, S. 16.
[7] ABl. L 85 vom 30.3.1989, S. 6.
[8] ABl. L 260 vom 23.9.1997, S. 9.
[9] ABl. L 207 vom 19.7.1989, S. 19.
[10] ABl. L 132 vom 16.6.1995, S. 8.
[11] ABl. L 245 vom 1.10.1993, S. 99.

(2) Der anzuwendende Umrechnungskurs für die Prämienhöhe und den Restbetrag gemäß Artikel 5 Absatz 6 Unterabsatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 2467/98 des Rates [1] und für den gegebenenfalls abzuziehenden Betrag gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 3493/90 des Rates [2] ist in Anhang II aufgeführt.

(3) Der anzuwendende Umrechnungskurs für den Vorschuß gemäß Artikel 5 Absatz 6 Unterabsatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2467/98 und für den gegebenenfalls abzuziehenden Betrag gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 3493/90 ist in Anhang III aufgeführt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am siebten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. Februar 2000

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

---

[1] ABl. L 312 vom 20.11.1998, S. 1.
[2] ABl. L 337 vom 4.12.1990, S. 7.

ANHANG I

Umrechnungskurs im Sinne von Artikel 1 Absatz 1

1 EUR = (Durchschnitt 1.12.1999-31.12.1999)

7,44023	Dänische Kronen
329,655	Griechische Drachmen
8,58622	Schwedische Kronen
0,626674	Pfund Sterling

ANHANG II

Umrechnungskurs im Sinne von Artikel 1 Absatz 2

1 EUR = (Durchschnitt 2.12.1999-1.1.2000)

7,44036	Dänische Kronen
329,705	Griechische Drachmen
8,58643	Schwedische Kronen
0,626326	Pfund Sterling

ANHANG III

Umrechnungskurs im Sinne von Artikel 1 Absatz 3

1 EUR = (Durchschnitt 31.12.1999-2.1.2000)

7,44048	Dänische Kronen
329,762	Griechische Drachmen
8,58502	Schwedische Kronen
0,626045	Pfund Sterling

VERORDNUNG (EG) Nr. 342/2000 DER KOMMISSION

vom 15. Februar 2000

zur Festsetzung der Erstattungssätze bei der Ausfuhr von Eiern und Eigelb in Form von nicht unter Anhang I des Vertrags fallenden Waren

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Eier [1], zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1516/96 der Kommission [2], insbesondere auf Artikel 8 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß Artikel 8 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 kann der Unterschied zwischen den Preisen im internationalen Handel für die in Artikel 1 Absatz 1 dieser Verordnung genannten Erzeugnisse und den Preisen in der Gemeinschaft durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen werden, wenn diese Erzeugnisse in Form von Waren, die im Anhang dieser Verordnung verzeichnet sind, ausgeführt werden. In der Verordnung (EG) Nr. 1222/94 der Kommission vom 30. Mai 1994 zur Festlegung der gemeinsamen Durchführungsvorschriften für die Gewährung von Ausfuhrerstattungen und der Kriterien zur Festsetzung des Erstattungsbetrags für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in Form von nicht unter Anhang I des Vertrages fallenden Waren ausgeführt werden [3], zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 238/2000 [4], sind die Erzeugnisse bezeichnet, für die ein Erstattungssatz bei der Ausfuhr in Form von im Anhang der Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 aufgeführten Waren festgesetzt werden muß.

(2) Gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1222/94 muß der Erstattungssatz für je 100 kg der erwähnten Grunderzeugnisse für einen Zeitraum festgesetzt werden, der gleich dem Zeitraum für die Festsetzung der Erstattung für die gleichen Erzeugnisse ist, die in verarbeitetem Zustand ausgeführt werden.

(3) Gemäß Artikel 11 des im Rahmen der multilateralen Verhandlungen der Uruguay-Runde abgeschlossenen Landwirtschaftsübereinkommens darf die bei der Ausfuhr eines in einer Ware enthaltenen Erzeugnisses gewährte Erstattung die Erstattung für das in verarbeitetem Zustand ausgeführte Erzeugnis nicht übersteigen.

(4) Da jedoch unbedingt sichergestellt sein muß, daß die peinlich genaue Verwaltung keine Unterbrechung erfährt, muß sowohl den Ausgabenvorausschätzungen als auch den verfügbaren Haushaltsmitteln Rechnung getragen werden.

(5) Der Verwaltungsausschuß für Eier und Geflügel hat nicht innerhalb der ihm von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist Stellung genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Erstattungssätze für die Grunderzeugnisse im Sinne des Anhangs A der Verordnung (EG) Nr. 1222/94 und des Artikels 1 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2771/75, die in Form von in Anhang I der Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 genannten Waren ausgeführt werden, sind im Anhang der vorliegenden Verordnung festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. Februar 2000 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. Februar 2000

Für die Kommission

Erkki LIIKANEN

Mitglied der Kommission

---

[1] ABl. L 282 vom 1.11.1975, S. 49.
[2] ABl. L 189 vom 30.7.1996, S. 99.
[3] ABl. L 136 vom 31.5.1994, S. 5.
[4] ABl. L 24 vom 29.1.2000, S. 45.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 15. Februar 2000 zur Festsetzung der Erstattungssätze bei der Ausfuhr von Eiern und Eigelb in Form von nicht unter Anhang I des Vertrages fallenden Waren

(EUR/100 kg)

KN-Code	Warenbezeichnung	Bestimmung (1)	Erstattungs-sätze
0407 00	Vogeleier in der Schale, frisch, haltbar gemacht oder gekocht:		
	– von Hausgeflügel:		
0407 00 30	– – andere:		
	a) bei Ausfuhr von Eieralbumin der KN-Codes 3502 11 90 und 3502 19 90	02	11,46
		03	14,33
		04	5,73
	b) bei Ausfuhr anderer Waren	01	5,73
0408	Vogeleier, nicht in der Schale, und Eigelb, frisch, getrocknet, in Wasser oder Dampf gekocht, geformt, gefroren oder anders haltbar gemacht, auch mit Zusatz von Zucker oder anderen Süßmitteln:		
	– Eigelb:		
0408 11	– – getrocknet:		
ex 0408 11 80	– – – genießbar:		
	ungesüßt	01	55,39
0408 19	– – anderes:		
	– – – genießbar:		
ex 0408 19 81	– – – – flüssig:		
	ungesüßt	01	25,79
ex 0408 19 89	– – – – gefroren:		
	ungesüßt	01	25,79
	– andere:		
0408 91	– – getrocknet:		
ex 0408 91 80	– – – genießbar:		
	ungesüßt	01	41,07
0408 99	– – andere:		
ex 0408 99 80	– – – genießbar:		
	ungesüßt	01	10,51

(1) Folgende Bestimmungen sind vorgesehen:
01 Drittländer
02 Kuwait, Bahrain, Oman, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate, Jemen, Hongkong SAR und Rußland
03 Südkorea, Japan, Malaysia, Thailand, Taiwan, die Philippinen und Ägypten
04 alle Bestimmungen, mit Ausnahme der Schweiz und der unter 02 und 03 genannten Bestimmungen.

VERORDNUNG (EG) Nr. 343/2000 DER KOMMISSION
vom 15. Februar 2000
zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen auf dem Eiersektor

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Eier [1], zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1516/96 der Kommission [2], insbesondere auf Artikel 8 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 kann der Unterschied zwischen den Weltmarktpreisen und den Preisen in der Gemeinschaft für die in Artikel 1 Absatz 1 der genannten Verordnung aufgeführten Erzeugnisse durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen werden.

(2) Die in Drittländern bestehende Marktlage und der bezüglich einiger Bestimmungen bestehende Wettbewerb erfordern, daß für bestimmte Erzeugnisse des Eiersektors differenzierte Erstattungen festgesetzt werden.

(3) Die Anwendung dieser Modalitäten auf die gegenwärtige Marktsituation bei Eiern führt dazu, die Erstattung auf einen Betrag festzusetzen, der der Gemeinschaft die Teilnahme am internationalen Handel ermöglicht und dem Charakter der Ausfuhren dieser Erzeugnisse sowie ihrer Bedeutung zum gegenwärtigen Zeitpunkt Rechnung trägt.

(4) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Eier und Geflügel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Das Verzeichnis der Codes der Erzeugnisse, bei deren Ausfuhr die in Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 genannte Erstattung gewährt wird, und die Höhe dieser Erstattung werden im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. Februar 2000 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. Februar 2000

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

[1] ABl. L 282 vom 1.11.1975, S. 49.
[2] ABl. L 189 vom 30.7.1996, S. 99.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 15. Februar 2000 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen auf dem Eiersektor

Erzeugniscode	Bestimmung [1]	Erstattungsbetrag
		EUR/100 Einheiten
0407 00 11 9000	02	3,30
0407 00 19 9000	02	1,50
		EUR/100 kg
0407 00 30 9000	03	12,00
	04	6,00
	05	15,00
0408 11 80 9100	01	58,00
0408 19 81 9100	01	27,00
0408 19 89 9100	01	27,00
0408 91 80 9100	01	43,00
0408 99 80 9100	01	11,00

[1] Folgende Bestimmungen sind vorgesehen:

01 Alle Bestimmungen, mit Ausnahme der Schweiz;

02 alle Bestimmungen, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Amerika;

03 Kuwait, Bahrein, Oman, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate, Jemen, Hongkong SAR und Rußland;

04 alle Bestimmungen, mit Ausnahme der Schweiz und der unter 03 und 05 genannten Bestimmungen;

05 Südkorea, Japan, Malaysia, Thailand, Taiwan, die Philippinen und Ägypten.

N.B. Die die Erzeugnisse betreffenden Codes sowie die Verweisungen und Fußnoten sind durch die geänderte Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission bestimmt.

VERORDNUNG (EG) Nr. 344/2000 DER KOMMISSION

vom 15. Februar 2000

zur Festsetzung der in den Sektoren Geflügelfleisch und Eier sowie für Eieralbumin geltenden repräsentativen Einfuhrpreise sowie zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1484/95

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2771/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Eier [1], zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1516/96 der Kommission [2], insbesondere auf Artikel 5 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2777/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Geflügelfleisch [3], zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2916/95 der Kommission [4], insbesondere auf Artikel 5 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2783/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Handelsregelung für Eieralbumin und Milchalbumin [5], zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2916/95, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die Verordnung (EG) Nr. 1484/95 der Kommission [6], zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 108/2000 [7], regelt die Anwendung der bei der Einfuhr in den Sektoren Geflügelfleisch und Eier sowie für Eieralbumin zu erhebenden Zusatzzölle und setzt die repräsentativen Einfuhrpreise fest.

(2) Die regelmäßig durchgeführte Kontrolle der Angaben, auf welche sich die Festsetzung der repräsentativen Einfuhrpreise in den Sektoren Geflügelfleisch und Eier sowie für Eieralbumin stützt, hat ihre Änderung zur Folge, die bei der Einfuhr bestimmter Erzeugnisse unter Berücksichtigung der von ihrem Ursprung abhängigen Preisschwankungen zu erheben sind; deshalb sollten die repräsentativen Einfuhrpreise veröffentlicht werden.

(3) Angesichts der Marktlage sollte diese Änderung schnellstmöglich angewendet werden.

(4) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Eier und Geflügelfleisch —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1484/95 wird durch den Anhang zur vorliegenden Verordnung ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. Februar 2000 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. Februar 2000

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

---

[1] ABl. L 282 vom 1.11.1975, S. 49.
[2] ABl. L 189 vom 30.7.1996, S. 99.
[3] ABl. L 282 vom 1.11.1975, S. 77.
[4] ABl. L 305 vom 19.12.1995, S. 49.
[5] ABl. L 282 vom 1.11.1975, S. 104.
[6] ABl. L 145 vom 29.6.1995, S. 47.
[7] ABl. L 13 vom 19.1.2000, S. 8.

ANHANG

„ANHANG I

KN-Code	Warenbezeichnung	Repräsentativer Preis (EUR/100 kg)	Sicherheit gemäß Artikel 3 Absatz 3 (EUR/100 kg)	Ursprung [1]
0207 14 10	Entbeinte Teile von Hühnern, gefroren	195,0	33	01
		197,6	31	02
		277,9	7	03
		277,9	7	04
1602 32 11	Nicht gegarte Zubereitungen von Hühnern	209,5	23	01
		205,8	24	02

[1] Ursprung der Einfuhr:
01 Brasilien,
02 Thailand,
03 Chile,
04 Argentinien.“

VERORDNUNG (EG) Nr. 345/2000 DER KOMMISSION
vom 15. Februar 2000
zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen auf dem Geflügelfleischsektor

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2777/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Geflügelfleisch ([1]), zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2916/95 der Kommission ([2]), insbesondere auf Artikel 8 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 2777/75 kann der Unterschied zwischen den Weltmarktpreisen und den Preisen in der Gemeinschaft für die in Artikel 1 Absatz 1 der genannten Verordnung aufgeführten Erzeugnisse durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen werden.

(2) Die Anwendung dieser Modalitäten auf die gegenwärtige Marktsituation bei Geflügelfleisch führt dazu, die Erstattung auf einen Betrag festzusetzen, der der Gemeinschaft die Teilnahme am internationalen Handel ermöglicht und dem Charakter der Ausfuhren dieser Erzeugnisse sowie ihrer Bedeutung zum gegenwärtigen Zeitpunkt Rechnung trägt.

(3) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Eier und Geflügel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Für die Ausfuhren für die die in Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 2777/75 genannte Erstattung gewährt wird, und die Höhe dieser Erstattung sind im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. Februar 2000 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. Februar 2000

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

([1]) ABl. L 282 vom 1.11.1975, S. 77.
([2]) ABl. L 305 vom 19.12.1995, S. 49.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 15. Februar 2000 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen auf dem Geflügelfleischsektor

Erzeugniscode	Bestimmung der Erstattungen [1]	Erstattungsbetrag
		EUR/100 Stück
0105 11 11 9000	01	1,40
0105 11 19 9000	01	1,40
0105 11 91 9000	01	1,40
0105 11 99 9000	01	1,40
0105 12 00 9000	01	3,30
0105 19 20 9000	01	3,30
		EUR/100 kg
0207 12 10 9900	02	25,00
	03	25,00
0207 12 90 9190	02	25,00
	03	25,00
0207 12 90 9990	02	25,00
	03	25,00

[1] Folgende Bestimmungen sind vorgesehen:

01 alle Bestimmungen, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Amerika;

02 Angola, Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrein, Katar, Oman, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Jordanien, dem Jemen, dem Libanon, dem Irak und dem Iran;

03 Armenien, Aserbaidschan, Weißrußland, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Moldawien, Rußland, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan und der Ukraine;

NB: Die die Erzeugnisse betreffenden Codes sowie die Verweisungen und Fußnoten sind durch die geänderte Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission bestimmt.

VERORDNUNG (EG) Nr. 346/2000 DER KOMMISSION

vom 15. Februar 2000

zur Änderung der im Zuckersektor für bestimmte Erzeugnisse geltenden repräsentativen Preise und zusätzlichen Einfuhrzölle

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2038/1999 des Rates vom 13. September 1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker [1],

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1423/95 der Kommission vom 23. Juni 1995 mit Durchführungsbestimmungen zur Einfuhr von Erzeugnissen des Zuckersektors außer Melasse [2], zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 624/98 [3], insbesondere auf Artikel 1 Absatz 2 zweiter Unterabsatz und Artikel 3 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Die bei der Einfuhr von Weißzucker, Rohzucker und bestimmtem Sirup zu berücksichtigenden repräsentativen Preise und zusätzlichen Einfuhrzölle wurden durch die Verordnung (EG) Nr. 1441/1999 der Kommission [4], zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 291/2000 [5], festgesetzt.

(2) Die Anwendung der mit der Verordnung (EG) Nr. 1423/95 erlassenen Festsetzungsbestimmungen auf die Angaben, die der Kommission vorliegen, hat die Änderung der geltenden Beträge gemäß dem Anhang zur vorliegenden Verordnung zur Folge —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die bei der Einfuhr der in Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 1423/95 genannten Erzeugnisse anzuwendenden repräsentativen Preise und zusätzlichen Zölle sind im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. Februar 2000 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. Februar 2000

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

[1] ABl. L 252 vom 25.9.1999, S. 1.
[2] ABl. L 141 vom 24.6.1995, S. 16.
[3] ABl. L 85 vom 20.3.1998, S. 5.
[4] ABl. L 166 vom 1.7.1999, S. 77.
[5] ABl. L 33 vom 8.2.2000, S. 10.

ANHANG

zu der Verordnung der Kommission vom 15. Februar 2000 zur Änderung der bei der Einfuhr von Weißzucker, Rohzucker und der Erzeugnisse des KN-Codes 1702 90 99 anwendbaren repräsentativen Preise und zusätzlichen Zölle

(in EUR)

KN-Code	Repräsentativer Preis je 100 kg Eigengewicht	Zusätzlicher Zoll je 100 kg Eigengewicht
1701 11 10 (1)	13,85	9,95
1701 11 90 (1)	13,85	16,25
1701 12 10 (1)	13,85	9,72
1701 12 90 (1)	13,85	15,73
1701 91 00 (2)	16,27	19,02
1701 99 10 (2)	16,27	13,57
1701 99 90 (2)	16,27	13,57
1702 90 99 (3)	0,16	0,48

(1) Festsetzung für die Standardqualität gemäß Artikel 1 der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 431/68 des Rates (ABl. L 89 vom 10.4.1968, S. 3).

(2) Festsetzung für die Standardqualität gemäß Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 793/72 des Rates (ABl. L 94 vom 21.4.1972, S. 1).

(3) Festsetzung pro 1 % Saccharosegehalt.

VERORDNUNG (EG) Nr. 347/2000 DER KOMMISSION vom 15. Februar 2000 zur Festsetzung der im Sektor Getreide geltenden Zölle

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates vom 30. Juni 1992 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide [1], zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1253/1999 [2],

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1249/96 der Kommission vom 28. Juni 1996 mit Durchführungsbestimmungen zur Anwendung der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 des Rates hinsichtlich der im Sektor Getreide geltenden Zölle [3], zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2519/98 [4], insbesondere auf Artikel 2 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 werden bei der Einfuhr der in Artikel 1 derselben Verordnung genannten Erzeugnisse die Zölle des gemeinsamen Zolltarifs erhoben. Bei den Erzeugnissen von Absatz 2 desselben Artikels entsprechen die Zölle jedoch dem bei ihrer Einfuhr geltenden Interventionspreis, erhöht um 55 % und vermindert um den auf die betreffende Lieferung anwendbaren cif-Einfuhrpreis. Dieser Zollsatz darf jedoch den Zoll des Gemeinsamen Zolltarifs nicht überschreiten.

(2) Gemäß Artikel 10 Absatz 3 der genannten Verordnung wird der cif-Einfuhrpreis unter Zugrundelegung der für das betreffende Erzeugnis geltenden repräsentativen Weltmarktpreise berechnet.

(3) Mit der Verordnung (EG) Nr. 1249/96 wurden die Durchführungsbestimmungen erlassen, die sich auf die Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 beziehen und die im Sektor Getreide geltenden Zölle betreffen.

(4) Die Einfuhrzölle gelten, bis eine Neufestsetzung in Kraft tritt, außer wenn in den zwei Wochen vor der folgenden Festsetzung keine Notierung der in Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 1249/96 genannten Bezugsbörse vorliegt.

(5) Damit sich die Einfuhrzölle reibungslos anwenden lassen, sollten ihrer Berechnung die in repräsentativen Bezugszeiträumen festgestellten Marktkurse zugrunde gelegt werden.

(6) Die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1249/96 hat die Festsetzung der Zölle gemäß dem Anhang zur vorliegenden Verordnung zur Folge —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die im Sektor Getreide gemäß Artikel 10 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 anwendbaren Zölle werden in Anhang I unter Zugrundelegung der im Anhang II derselben Verordnung angegebenen Bestandteile festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 16. Februar 2000 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 15. Februar 2000

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

[1] ABl. L 181 vom 1.7.1992, S. 21.
[2] ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 18.
[3] ABl. L 161 vom 29.6.1996, S. 125.
[4] ABl. L 315 vom 25.11.1998, S. 7.

ANHANG I

Die im Sektor Getreide gemäß Artikel 10 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1766/92 geltenden Zölle

KN-Code	Warenbezeichnung	Bei der Einfuhr auf dem Land-, Fluß- oder Seeweg aus Häfen des Mittelmeerraums, des Schwarzen Meeres oder der Ostsee zu erhebender Zoll (EUR/t)	Bei der Einfuhr auf dem Luftweg oder aus anderen Häfen auf dem Seeweg zu erhebender (2) Zoll (EUR/t)
1001 10 00	Hartweizen hoher Qualität	22,84	12,84
	mittlerer Qualität (1)	32,84	22,84
1001 90 91	Weichweizen, zur Aussaat	36,12	26,12
1001 90 99	Weichweizen hoher Qualität, anderer als zur Aussaat (3)	36,12	26,12
	mittlerer Qualität	71,05	61,05
	niederer Qualität	82,08	72,08
1002 00 00	Roggen	80,45	70,45
1003 00 10	Gerste, zur Aussaat	80,45	70,45
1003 00 90	Gerste, andere als zur Aussaat (3)	80,45	70,45
1005 10 90	Mais, zur Aussaat, anderer als Hybridmais	84,53	74,53
1005 90 00	Mais, anderer als zur Aussaat (3)	84,53	74,53
1007 00 90	Körner-Sorghum, zur Aussaat, anderer als Hybrid-Körner-Sorghum	80,45	70,45

(1) Auf Hartweizen, der den Mindestmerkmalen für Hartweizen mittlerer Qualität gemäß Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 1249/96 nicht genügt, wird der für Weichweizen niederer Qualität geltende Zoll erhoben.

(2) Für Ware, die über den Atlantik oder durch den Suez-Kanal nach der Gemeinschaft geliefert wird (siehe Artikel 2 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1249/96), kann der Zoll ermäßigt werden um

— 3 EUR/t, wenn sie in einem Hafen im Mittelmeerraum entladen wird, oder

— 2 EUR/t, wenn sie in einem Hafen in Irland, im Vereinigten Königreich, in Dänemark, Schweden, Finnland oder an der Atlantikküste der Iberischen Halbinsel entladen wird.

(3) Der Zoll kann pauschal um 14 oder 8 EUR/t ermäßigt werden, wenn die Bedingungen nach Artikel 2 Absatz 5 der Verordnung (EG) Nr. 1249/96 erfüllt sind.

ANHANG II

Berechnungsbestandteile

(Zeitraum vom 1. Februar 2000 bis 14. Februar 2000)

1. Durchschnitt der zwei Wochen vor der Festsetzung:

Börsennotierung	Minneapolis	Kansas-City	Chicago	Chicago	Minneapolis	Minneapolis	Minneapolis
Erzeugnis (% Eiweiß, 12 % Feuchtigkeit)	HRS2. 14 %	HRW2. 11,5 %	SRW2	YC3	HAD2	mittlere Qualität (*)	US barley 2
Notierung (EUR/t)	119,66	108,64	98,06	88,86	162,05 (**)	152,05 (**)	104,44 (**)
Golf-Prämie (EUR/t)	29,11	5,20	4,75	11,50	—	—	—
Prämie/Große Seen (EUR/t)	—	—	—	—	—	—	—

(*) Negative Prämie („discount") in Höhe von 10 EUR/t (Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1249/96).
(**) fob Golf.

2. Fracht/Kosten: Golf von Mexiko-Rotterdam: 16,05 EUR/t. Große Seen-Rotterdam: 28,78 EUR/t.

3. Zuschüsse gemäß Artikel 4 Absatz 2 Unterabsatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1249/96: 0,00 EUR/t (HRW2)
0,00 EUR/t (SRW2).

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

KOMMISSION

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION
vom 22. Dezember 1999
über Schutzmaßnahmen bei der Einfuhr von lebenden Equiden sowie lebenden Vögeln und Bruteiern aus Israel

(Bekanntgegeben unter Aktenzeichen K(1999) 4978)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2000/133/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 91/496/EWG des Rates vom 15. Juli 1991 zur Festlegung von Grundregeln für die Veterinärkontrollen von aus Drittländern in die Gemeinschaft eingeführten Tieren und zur Änderung der Richtlinien 89/662/EWG, 90/425/EWG und 90/675/EWG [1], zuletzt geändert durch die Richtlinie 96/43/EG [2], insbesondere auf Artikel 18,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Israel ist gemäß der Richtlinie 90/426/EWG des Rates [3] in die mit der Entscheidung 79/542/EWG des Rates [4], zuletzt geändert durch die Entscheidung 1999/759/EG der Kommission [5], erstellte Liste der Drittländer aufgenommen, aus denen die Mitgliedstaaten die Einfuhr von Equiden zulassen.

(2) Ferner ist Israel gemäß der Richtlinie 90/539/EWG des Rates [6] in die mit der Entscheidung 95/233/EG der Kommission [7], zuletzt geändert durch die Entscheidung 96/619/EG [8], erstellte Liste der Drittländer aufgenommen, aus denen die Mitgliedstaaten die Einfuhr von lebendem Geflügel und Bruteiern zulassen.

(3) Andere als die unter die Richtlinie 90/539/EWG fallenden Vögel können gemäß den Bestimmungen der Richtlinie 92/65/EWG des Rates über die tierseuchenrechtlichen Bedingungen für den Handel mit Tieren, Samen, Eizellen und Embryonen in der Gemeinschaft sowie für ihre Einfuhr in die Gemeinschaft, soweit sie diesbezüglich nicht den spezifischen Gemeinschaftsregelungen nach Anhang A Abschnitt I der Richtlinie 90/425/EWG [9] unterliegen, eingeführt werden.

(4) Bei Geflügel, und insbesondere Gänsen, in Israel sind Fälle von West-Nil-Fieber nachgewiesen worden.

(5) Diese Krankheit könnte eine Gefahr für die Gesundheit des Menschen sowie die Equiden- und die Geflügelbestände der Gemeinschaft darstellen.

(6) Auch wenn das Virus gewöhnlich in einem Zyklus zwischen Vogel und Stechmücke verkehrt, wird es doch gelegentlich durch Vektorinsekten auf den Menschen oder Equiden übertragen, wobei es auch zu Todesfällen gekommen ist.

(7) Hinsichtlich der Einfuhr von lebenden Equiden sowie lebendem Geflügel, anderen Vögeln und Bruteiern aus Israel müssen deshalb auf Gemeinschaftsebene umgehend Schutzmaßnahmen erlassen werden.

(8) Demzufolge sollten die zeitweilige Zulassung von registrierten Pferden, die Wiedereinfuhr von registrierten Pferden nach vorübergehender Ausfuhr sowie die ständige Einfuhr und die Durchfuhr von Equiden aus Israel untersagt werden.

(9) Ferner sollte die Einfuhr von lebendem Geflügel, einschließlich Ratiten, von lebenden Wildvögeln und anderen lebenden Vögeln sowie von Bruteiern aus Israel untersagt werden.

(10) Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Veterinärausschusses —

[1] ABl. L 268 vom 24.9.1991, S. 56.
[2] ABl. L 162 vom 1.7.1996, S. 1.
[3] ABl. L 224 vom 18.8.1990, S. 42.
[4] ABl. L 146 vom 14.6.1979, S. 15.
[5] ABl. L 300 vom 23.11.1999, S. 30.
[6] ABl. L 303 vom 31.10.1990, S. 6.
[7] ABl. L 156 vom 7.7.1999, S. 76.
[8] ABl. L 276 vom 29.10.1996, S. 18.
[9] ABl. L 268 vom 14.9.1992, S. 54.

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die zeitweilige Zulassung von registrierten Pferden, die Wiedereinfuhr von registrierten Pferden nach vorübergehender Ausfuhr sowie die Einfuhr und die Durchfuhr von Equiden mit Ursprung in, Herkunft aus oder Transit durch Israel sind untersagt.

Artikel 2

(1) Die Einfuhr in die Gemeinschaft von lebendem Geflügel, einschließlich Ratiten, und anderen lebenden Vögeln mit Ursprung in, Herkunft aus oder Transit durch Israel ist untersagt.

(2) Die Einfuhr in die Gemeinschaft von Bruteiern von Geflügel, einschließlich Ratiten, und anderen Vögeln mit Ursprung in Israel ist untersagt.

Artikel 3

Die Mitgliedstaaten ändern ihre Einfuhrvorschriften bezüglich Israel, um sie mit dieser Entscheidung in Einklang zu bringen.

Sie setzen die Kommission davon in Kenntnis.

Artikel 4

Diese Entscheidung wird im Januar 2000 überprüft und gilt bis 31. März 2000.

Artikel 5

Diese Entscheidung ist an alle Mitgliestaaten gerichtet.

Brüssel, den 22. Dezember 1999

Für die Kommission

David BYRNE

Mitglied der Kommission